

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 59 bis 60:

bessere Integration in einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie durch Erleichterung der Arbeitsaufnahme bzw. ~~Abbau~~ die Abschaffung von Arbeitsverboten.

Der Rechtskreiswechsel für die Ukrainer*innen ist ein Erfolg: Eine Betreuung durch die Jobcenter von Anfang sorgt für eine schnellere Integration in den Arbeitsmarkt. Das muss Blaupause für alle Geflüchteten sein.

Begründung

Arbeitsverbote müssen endlich ganz abgeschafft werden.

Von der Union wird der Rechtskreiswechsel für die Ukrainer*innen massiv angegriffen. Dabei hat er die Kommunen bei der Verwaltung enorm entlastet und ihnen Milliarden Einsparungen gebracht. Die Integration in Arbeit gelingt für die Ukrainer*innen durch die Betreuung durch die Jobcenter und damit auch zur Verfügung stehende Qualifizierungsangebote deutlich schneller als bei Geflüchteten aus den Asylherkunftsländern^[1], denen zukünftig bis zu 36 Monaten der Zugang zu den Jobcentern verwehrt ist. Zwei Jahre nach Beginn des Ukraine-Krieges sind bereits 30% der in Deutschland lebenden ukrainischen Geflüchteten erwerbstätig. Davon sollten wir für Geflüchtete aus anderen Ländern endlich lernen.

^[1] Vgl. BiB.Aktuell, 6/2024, Erwerbstätigkeit Schutzsuchender aus der Ukraine in Deutschland

weitere Antragsteller*innen

Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Swantje Henrike Michaelsen (KV Hannover); Ralf Gäer (KV Märkischer Kreis); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Simon Dylla (KV Wiesbaden); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Tariq Kandil (KV Berlin-Reinickendorf); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Marc Kersten (KV Köln); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Sven Lehmann (KV Köln); sowie 65 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.